

548960-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Generalplanungsleistungen für die Erweiterung der forensischen Psychiatrie in Lohr am Main

OJ S 151/2026 07/08/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bezirk Unterfranken

E-Mail: f.siebler@gvw.com

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Generalplanungsleistungen für die Erweiterung der forensischen Psychiatrie in Lohr am Main

Beschreibung: Gegenstand des Beschaffungsvorhabens ist die Vergabe eines Generalplanervertrages mit stufenweiser Beauftragung für die Erweiterung der forensischen Psychiatrie am Standort des Bezirkskrankenhauses (BKH) Lohr am Main.

Kennung des Verfahrens: 707ff65b-19a9-4cb0-815e-83a907a6aa66

Interne Kennung: BKH_Forensik_001/2026

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Main-Spessart (DE26A)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Folgende Angaben/Nachweise/Erklärungen sind vom Bieter bzw. der Bietergemeinschaft mit dem Angebot einzureichen: (1) Angabe von Firmennamen, Anschrift, Name des Ansprechpartners nebst Kontaktdaten; (2) Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit dem Angebot muss eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung gemäß § 53 Abs. 9 VgV vorgelegt werden: (a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist; (b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind

und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; (c) in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt; (d) in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (§ 43 Abs. 3 VgV); (e) in der der konkrete Leistungsumfang jedes Mitglieds angegeben wird. Wird diese Bietergemeinschaftserklärung nicht mit dem Angebot eingereicht, wird die Bietergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Mehrfachbeteiligungen sind nur unter Beachtung der geltenden Rechtsgrundsätze zulässig; (3) Erklärung, dass keine Ausschlussgründe im Sinne von §§ 123, 124 GWB vorliegen; (4) Erklärung im Zusammenhang mit der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, dass kein Bezug zu Russland besteht; (5) Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt zudem, dass a) er die gewerbe- bzw. berufsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt oder durch Dritte, wobei er dies auf einem Beiblatt erläutert, falls er diese Voraussetzungen nicht selbst erfüllt; b) er Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers und der Vergabestelle keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat; c) er unverzüglich weitere gewünschte Angaben machen bzw. Nachweise vorlegen wird, falls der Auftraggeber Rückfragen oder weiteren Klärungsbedarf insbesondere zur Eignung äußert oder Erläuterungen oder Nachweise wünscht (z. B. die Bescheinigung eines Sozialversicherungsträgers, einen Gewerbezentral- oder Handelsregistrauszug oder eine Bankerklärung); d) er nicht zu einer Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist oder er in einem solchen eingetragen ist, und zwar unter der Nummer [Nr.] beim Register (Bezeichnung, Ort); und e) er den Auftraggeber unverzüglich informieren und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise abgeben wird, falls sich während des weiteren Verfahrens Änderungen an den erklärten Sachverhalten ergeben; f) er mit der Abfrage durch den Auftraggeber von Eintragungen nach § 6 Abs. 1 Satz 1 WRegG für den Fall einer beabsichtigten Zuschlagserteilung einverstanden ist. (6) Einverständniserklärung zur Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten für das Vergabeverfahren gemäß DSGVO

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Generalplanungsleistungen für die Erweiterung der forensischen Psychiatrie in Lohr am Main

Beschreibung: Gegenstand des Beschaffungsvorhabens ist die Vergabe eines Generalplanervertrages mit stufenweiser Beauftragung für die Erweiterung der forensischen Psychiatrie am Standort des Bezirkskrankenhauses (BKH) Lohr am Main. Die Planungsleistungen umfassen folgende Leistungsbilder: - Objektplanung gemäß § 34 HOAI i.V.m. Anlage 10 - Freianlagen inkl. Sicherheitsvorkehrungen (Hochsicherheitszaun) gemäß § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11 - Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14 - Technische Fachplanung gemäß § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15 für die Anlagengruppen Elektrotechnik (ELT) mit Sicherheitstechnik, Heizungs-, Lüftungs-/Sanitärtechnik (HLS) und Gebäudeleittechnik (GLT) - Brandschutz Die Leistungen werden stufenweise abgerufen: - Leistungsstufe 1 (mit Zuschlag beauftragt): Leistungsphasen 1–3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) Die Beauftragung der Stufen 2 bis 4 steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der Finanzierung. - Leistungsstufe 2: Leistungsphasen 4–5 (Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung) - Leistungsstufe 3: Leistungsphasen 6–7 (Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe) - Leistungsstufe 4: Leistungsphasen 8–9 (Objektüberwachung, Objektbetreuung) Das BKH ist eine Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin und behandelt als Krankenhaus der Maximalversorgung für die Diagnostik und Behandlung sämtlicher psychischen Erkrankungen jährlich ca. 24.000 Patient:innen stationär, teilstationär und ambulant. Hierfür stehen in 14 spezialisierten Bereichen stationär insgesamt 431 Betten und teilstationär 67 tagesklinische Plätze zur Verfügung. Die Institutsambulanz betreut über 4.000 Patient:innen im Quartal. Voraussichtliche Projektkosten bis zu EUR 80 Mio. (brutto) in den Kostengruppen 200–700 nach DIN 276. Die bauliche Maßnahme ist im Krankenhausbauprogramm des Freistaates Bayern hinterlegt. Um eine Bewilligung der Mittel zur baulichen Realisierung erreichen zu können, muss bis zum 31. Mai 2027 eine haushaltsbegründende Unterlage (HU Bau) durch den Auftraggeber unter Berücksichtigung der Besonderheiten für Baumaßnahmen im Maßregelvollzug des Freistaates Bayern erarbeitet und vorgelegt werden. Ein vorläufiges Funktions- und Raumprogramm (FRP) mitsamt Medizinkonzept, Sicherheitskonzept, Stationskonzept und Besuchskonzept liegt in einem Bearbeitungsstand vom Juli 2026 vor und ist als Grundlage heranzuziehen. Bei der planerischen Ausarbeitung sind die Regierung von Unterfranken (RUF) und das Amt für Maßregelvollzug (AfMRV) als zuständige Stellen frühzeitig und fortlaufend einzubeziehen. Hohe Sicherheitsanforderungen bei der Leistungserbringung aufgrund des Maßregelvollzugs.

Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Planungsleistungen sollen nach Projektfortschritt stufenweise abgerufen werden. Mit Erteilung des Zuschlagserteilung wird zunächst die Leistungsstufe 1 beauftragt. Davon umfasst sind folgende Leistungsphasen: - Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) - Leistungsphase 2 (Vorplanung) - Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) Im Rahmen der Leistungsstufe 1 ist die haushaltsbegründende Unterlage (HU Bau) unter Berücksichtigung der spezifischen Vorgaben zu erarbeiten und vorzulegen. Die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen 3 ff. in den Leistungsstufen 2 bis 4 behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor und ist im Wesentlichen davon abhängig, dass die Finanzierung gesichert ist.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Main-Spessart (DE26A)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Fachliche Qualifikation der (stellvertretenden)

Projektleitung (Mindestanforderung): - Qualifikation als „Architekt“ oder „Ingenieur“ bzw.

„Beratender Ingenieur“ gemäß §§ 44, 75 Abs. 1 und 2 VgV - Berufserfahrung Projektleitung:

mindestens 8 Jahre - Berufserfahrung stellvertretende Projektleitung: mindestens 4 Jahre

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter muss nach Maßgabe von § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV abgeschlossene Referenzprojekte nachweisen, die mit der zu vergebenden Leistung nach der Aufgabenstellung, also Art, Umfang und Komplexität des Auftrags vergleichbar sind.

Allgemeine Mindestanforderungen für ALLE Referenzen: - Sonderbauten im Sinne von Art. 2

Abs. 4 BayBO (Nr. 11 Pflege/Betreuung, Nr. 12 Krankenhäuser, Nr. 13 Einrichtungen zur

Unterbringung, Nr. 16 Justizvollzug/Maßregelvollzug) - Referenzzeitraum: 01.08.2016 bis

31.07.2026 - Projektkosten mindestens EUR 25 Mio. (brutto) in KG 200–700 nach DIN 276

Besondere Mindestanforderungen an REFERENZKATEGORIEN: Kumulation einzelner Referenzen und Gesamtreferenzen (z. B. Generalplanung) ist möglich. (1) Referenzkategorie Objektplanung: - Mindestens 2 vergleichbare Referenzprojekte - Leistungsphasen 2–8 gemäß § 34 HOAI - Abgeschlossen wenn LPH 8 im Referenzzeitraum abgeschlossen (2) Referenzkategorie Technische Fachplanung (ELT, HLS, GLT): - Mindestens 2 vergleichbare Referenzprojekte - Leistungsphasen 2–8 gemäß § 55 HOAI - Abgeschlossen wenn LPH 8 im Referenzzeitraum abgeschlossen (3) Referenzkategorie Tragwerksplanung: - Mindestens 2 vergleichbare Referenzprojekte - Leistungsphasen 2–6 inkl. Zuarbeiten LPH 7 und 8 gemäß § 51 HOAI - Abgeschlossen wenn LPH 6 im Referenzzeitraum abgeschlossen

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zertifizierung DIN ISO 9001 oder vergleichbar ODER Eigenerklärung über implementierte Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter muss nach Maßgabe von § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 VgV über eine gültige Berufs- und Vermögenshaftpflichtversicherung von einem in der Europäischen Union zugelassenen Versicherer verfügen. Hierzu ist ein Nachweis (Kopie der Versicherungspolice bzw. Bestätigungsschreiben des Versicherungsgebers) – nicht älter als 12 Monate – einzureichen. Berufs- und Vermögenshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen (Mindestanforderung): - Deckungssumme mindestens EUR 10.000.000,00 bei 2-facher Maximierung pro Versicherungsjahr - Versicherungsschutz für Personen-, Sach- und Vermögensschäden - Nachhaftungsfrist mindestens 2 Jahre bei Liquidation des Versicherungsnehmers. Falls die geforderten Mindestanforderungen mit bestehender Versicherung nicht erreicht werden Eigenerklärung des Bieters oder Bestätigung des Versicherungsgebers, dass die Anpassung im Auftragsfall erfolgt.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl (2023, 2024 und 2025) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV, unterteilt nach Büroinhaber/Geschäftsführer, Angestellte mit fachrichtungsbezogenem Abschluss, freie Mitarbeiter mit fachrichtungsbezogenem Abschluss (keine Unterauftragnehmer) und sonstiges Personal

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angaben zu beabsichtigten Unteraufträgen / Eignungsleihe: Sofern der Bieter beabsichtigt, Teile der Leistung durch Unterauftragnehmer erbringen zu lassen oder sich auf die Eignung anderer Unternehmen zu berufen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), sind entsprechende Angaben zu machen. Im Fall der Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung des eignungsverleihenden Unternehmens vorzulegen.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Gesamtumsatz in EUR (netto) des Bieters in den Jahren 2023, 2024 und 2025 sowie Angaben zur Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres (falls nicht mit Kalenderjahr identisch) sowie zum Beginn der Geschäftstätigkeit (bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit nach 2023)

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Umsatz in EUR (netto) mit vergleichbaren Leistungen, d.h. d.h. mit Generalplanungsleistungen im Zusammenhang mit Neu-, Um-, Sanierungs- oder Erweiterungsbaumaßnahmen von Krankenhauseinrichtungen, in den jeweiligen Jahren erzielt wurden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Konzept zur Auftragsdurchführung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualitätskriterium

Beschreibung: Konzept zur Projekteinschätzung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Beschreibung: Preis (Honorar)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/707ff65b-19a9-4cb0-815e-83a907a6aa66

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/707ff65b-19a9-4cb0-815e-83a907a6aa66

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 11/09/2026 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 91 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Für die Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf die §§ 155 ff. GWB verwiesen. Hinsichtlich der zu beachten Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen ist § 160 Abs. 3 GWB zu beachten. Dieser lautet: „Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: GvW Graf von Westphalen Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bezirk Unterfranken

Registrierungsnummer: 10034

Postanschrift: Silcherstraße 5

Stadt: Würzburg

Postleitzahl: 97074

Land, Gliederung (NUTS): Main-Spessart (DE26A)

Land: Deutschland

E-Mail: f.siebler@gvw.com

Telefon: +49 89689077320

Internetadresse: <https://www.bezirkskrankenhaus-lohr.de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Registrierungsnummer: 9d2eb036-b746-47d1-9c69-1253c1c70430

Postanschrift: Promenade 27

Stadt: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 981531277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: GvW Graf von Westphalen Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB

Registrierungsnummer: c2f617ca-6709-4b05-a1b5-a525fb7c328b

Postanschrift: Nymphenburger Straße 64

Stadt: München

Postleitzahl: 80335

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: f.siebler@gvw.com

Telefon: +49 89689077320

Internetadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 707ff65b-19a9-4cb0-815e-83a907a6aa66 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 05/08/2026 18:17:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 548960-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 151/2026

Datum der Veröffentlichung: 07/08/2026